

eine sozial-liberale Partei oder ein Präsidentschaftskandidat sein, wie in Frankreich Emmanuel Macron und in gewisser Hinsicht in Deutschland sowohl Martin Schulz als auch in der christlich-demokratisch liberalen Variante Angela Merkel. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass die mit Entgrenzung, ökonomischer Globalisierung und zusätzlicher Digitalisierung der Arbeitswelt die klassischen programmatischen Erzählungen der etablierten Parteifamilien zunehmend unstimmliger werden. Für sozialdemokratische Parteien quer durch Europa ist dieses Dilemma besonders deutlich, da ihr programmatisches Selbstverständnis historisch dem Industriezeitalter entsprungen ist und sich nicht widerspruchsfrei die Ansprüche der alten Arbeiterpartei an eine Partei des digitalisierten Dienstleistungszeitalters übersetzen lässt. Christdemokratische Parteien stehen vor dem Dilemma, ihre althergebrachten Werteüberzeugungen in der Familien- und Frauenpolitik aufrechterhalten zu können, während ökonomisch-liberale Parteien seit den 1990er Jahren ihr gesellschaftspolitisches Fundament zum Teil verloren haben. Sprich: Nicht nur populistische Parteien, seien sie von rechts oder links, weisen inhärente Widersprüche auf, die Programmatik der übrigen Parteien ebenfalls. Aufgrund der inneren programmatischen Widersprüche der etablierten pluralistischen Parteien werden künftig auch die Schülerinnen und Schüler, die intellektuell diese Widersprüche durchschauen und zugleich sich über gesellschaftliche Ungerechtigkeiten empören, populistische Begründungszusammenhänge als nicht weniger widersprüchlich, aber auch nicht unbedingt mehr widersprüchlich wahrnehmen.

Auch dies unterscheidet den Umgang im Unterricht mit Populismus mit dem von Extremismus: Das intellektuelle Auseinandersetzungsniveau und die Schwierigkeit, die nicht intendierten Folgen populistischer Begründungszusammenhänge herauszuarbeiten, sind deutlich höher als die Verdeutlichung möglicher negativer Konsequenzen extremistischer Einstellungen. Entsprechend sollte es eine Strategie für politisches Lernen sein, den Nutzen des Kompromisses in der Politik und die Funktion der repräsentativen Demokratie unabhängig von tagesaktuellen Wahlkämpfen und parteilichen Auseinandersetzungen zu vermitteln. Erleichtern würde dies, wenn die traditionell pluralistischen Parteien sich eindeutig innerhalb des neuen Konfliktliniengefüges positionieren und programmatisch unterscheidbar sind. Denn dies ist auch eine Ursache für den Erfolg populistischer Parteien in Europa, dass nämlich die programmatischen Unterschiede zwischen den übrigen Parteien für die Bevölkerung kaum noch erkennbar sind. An diesem Dilemma kann auch kein noch so guter und durchdachter Unterricht etwas ändern, solange sich die politische Parteienlandschaft nicht selbst anders darstellt.

Dr. Simon T. Franzmann ist Politikwissenschaftler am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf. Zu seinen Forschungsgebieten gehören Analysen des Parteienwettbewerbs, Populismus sowie des Einflusses der Opposition in etablierten Demokratien. E-Mail: simon.franzmann@hhu.de

Michael Görtler

Rechtspopulismus, Migration und politische Bildung – bildungspraktische Überlegungen

Hinführung

Die sog. ‚Flüchtlingskrise‘ stellt Gesamteuropa – insbesondere die Europäische Union als selbsternannten Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – vor eine Zerreißprobe. Ein Blick auf die gesellschaftlichen und politischen Diskurse, aber auch die Reformen im Bereich der Asylpolitik (z. B. die Beschleunigung des Asylverfahrens in der Bundesrepublik Deutschland, der ungarische Grenzzaun oder der Brexit) macht unmittelbar deutlich, dass die Lage nicht nur weiterhin angespannt ist, sondern sich sogar noch verschärft hat. Das zeigt sich auch im Aufkeimen des *Rechtspopulismus* in vielen europäischen Ländern, in dessen Fahrwasser nicht zuletzt auch die Abschiebung von Asylsuchenden und Geflüchteten sowie der Stopp der Zuwanderung propagiert werden. In Deutschland, einem der Hauptaufnahmeländer für Asylsuchende und Geflüchtete, hat sich eine tiefe Kluft

zwischen Befürwortern und Gegnern einer restriktiven Asylpolitik aufgetan. Auf der einen Seite ist in der Bevölkerung eine wachsende Akzeptanz fremdenfeindlicher Rhetorik sowie eine zunehmende Gewalt gegenüber Sachen (z. B. Unterkünfte) und Personen (sog. Hasstaten) zu beobachten, auf der anderen Seite setzen etablierte Parteien immer häufiger Themen auf ihre Agenda, die noch vor einigen Jahren als (zu) nationalkonservativ oder rechtsorientiert galten, um Wählerinnen und Wähler zu halten bzw. neue zu gewinnen.

Die beschriebenen Entwicklungen sind besorgniserregend und geben Anlass dazu, über die Rolle der politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Rechtspopulismus nachzudenken. Dafür wird in einem ersten Schritt der Begriff des Rechtspopulismus geklärt, bevor in einem zweiten Schritt bildungspraktische Überlegungen angestellt werden.

Rechtspopulismus – Annäherungen an ein schwer zu fassendes Phänomen

Die Begriffe ‚Populismus‘ bzw. ‚Rechtspopulismus‘ sind nicht einfach zu bestimmen. Es gibt nicht *den* Populismus, sondern *viele* Populismen, deren unterschiedliche Erscheinungsformen u. a. an den zahlreichen Bewegungen und Parteien in Europa, die zum Teil ganz unterschiedliche Absichten verfolgen, deutlich werden. Das zeigt beispielsweise ein Blick auf die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments unter Berücksichtigung der Bildung und Auflösung von Fraktionen, welche dem rechten Parteienspektrum zuzuordnen sind. Im Folgenden werden in der gebotenen Kürze und ohne Anspruch auf Vollständigkeit zentrale Charakteristika des Rechtspopulismus hervorgehoben.

Die Populismusforschung versucht den Begriff – in Abgrenzung zum Sprachgebrauch im Alltag und in den Medien – über verschiedene *Kriterien* zu definieren. So sind beispielsweise „populistische Agitationstechniken“ wie der „Rückgriff auf common sense-Argumente“, die „Vorliebe für radikale Lösungen“, „Verschwörungstheorien und das Denken in Feindbildern“, „Provokation und Tabubruch“, „Verwendung von biologistischen und Gewaltmetaphern“ und „Emotionalisierung und Angstmache“, die gezielt eingesetzt werden, um „eine Krise der Repräsentation“ in der Demokratie auszunutzen, typisch (Decker / Lewandowsky 2009). Dabei werden Stilmittel wie Dramatisierung oder Personalisierung bewusst eingesetzt, um nicht nur die Reizthemen, sondern auch die Wortführer gekonnt zu inszenieren. Ein Merkmal ist außerdem, dass weder die verwendeten Begriffe noch die zugrundeliegende Ideologie immer eindeutig erkennbar und nachvollziehbar sind. Mitunter werden Bedeutungen im Unklaren gelassen oder rasch den Gegebenheiten angepasst, um möglichst viele Menschen einfach und direkt anzusprechen, ohne dass komplizierte Zusammenhänge oder Hintergründe erläutert werden müssen (vgl. Spier 2014). Beim genaueren Hinsehen wird unmittelbar deutlich, dass die Spannweite an Themen sehr groß ist und beispielsweise von einer Anti-EU-Haltung über Anti-Genderismus bis hin zu Fremdenfeindlichkeit reicht. Streitigkeiten um die Führung und Ausrichtung der Bewegung bzw. Partei, wie jüngst bei Pegida und der AfD zu beobachten war, zeugen davon, dass sich die Konstellationen schnell ändern können (vgl. Weiß 2015). Mit Blick auf die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und der kommenden Bundestagswahl bleibt daher offen, ob der Rechtspopulismus in Deutschland noch weiter Fuß fassen kann. Prognosen zum Ausgang der Wahl, aber auch zum Wahlverhalten (z. B. Nicht-Wahl, Protest-Wahl, Wechselwähler) bieten Anknüpfungspunkte für Szenarien, die sich analysieren und diskutieren lassen.

Wer im Fokus der rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien steht, lässt sich nicht genau sagen. Vor wenigen Jahren konnte sich der Begriff des Wutbürgers in den Medien – und im offiziellen Sprachgebrauch – etablieren. Damit ist laut Duden ein „aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestierender und demonstrierender Bürger“ gemeint. Etwas genauer, aber immer noch sehr allgemein, kann die Populismusforschung darstellen, um welche Personen es sich handelt. So ist der

durchschnittliche Anhänger von Pegida „mittelalt, männlich, in familiäre Strukturen eingebunden, befindet sich in einer Vollzeitstellung und verfügt über einen mittleren bis gehobenen Bildungsabschluss“ (Decker 2015) – eine Beschreibung, die jedoch auf einen großen Teil der deutschen Bevölkerung zutrifft. Als Gründe für die Teilnahme an den Demonstrationen geben laut einer Studie „71 Prozent die ‚Unzufriedenheit mit der Politik‘, 35 Prozent ‚Kritik an Medien und Öffentlichkeit‘ und 31 Prozent ‚grundlegende Vorbehalte gegen Asylbewerber und Migranten‘ an (ebd.). Ein gemeinsamer Nenner scheint also vor allem darin zu bestehen, dass es sich um Personen handelt, die mit der Politik unzufrieden sind – wobei geklärt werden müsste, was die Befragten damit genau meinen (z. B. die Performanz der Demokratie, die Parteiprogramme oder das Verhalten der gewählten Repräsentanten). Eine weitere Gemeinsamkeit der Anhänger ist die „kollektive Wut“, die sich aufstaut und gegenüber den Eliten in Form von Protest, gegenüber Ausländern und Minderheiten mitunter in Übergriffen entlädt (Spier 2014).

Ähnlich wie beim Rechtsextremismus kommt eine ganze Reihe von *Erklärungsansätzen* in Frage, welche den Fokus z. B. auf individuelle psychosoziale, aber auch gesellschaftliche, politische oder ökonomische Faktoren richten. Die Extremismusforschung geht von bestimmten Einstellungsmustern aus, die besonders bei den Anhängern rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien vorliegen (Zick u. a. 2016): Das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, das von einem Syndrom ausgeht, das sich aus verschiedenen Elementen wie Islamfeindlichkeit, Menschenfeindlichkeit oder Rassismus zusammensetzt, wird von einer „Ideologie der Ungleichwertigkeit“ getragen. Ein weiterer wichtiger Punkt in diesem Kontext ist die in Folge der Modernisierung subjektiv wahrgenommene – in erster Linie auf die finanzielle Situation bezogene – Schlechterstellung gegenüber anderen Personen oder Gruppen (z. B. die ‚Sozialschmarotzer‘), die zu einer Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen führt (wie etwa Zugewanderte) (vgl. Spier 2010).

Zusammenfassend zeigt sich, dass das Phänomen des Rechtspopulismus aus den genannten Gründen schwer zu fassen ist. Die aktuellen Entwicklungen sind problematisch, weil die rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien zum Sammelbecken von Menschen mit fremdenfeindlichen Einstellungen werden, deren Ursachen schwer zu fassen sind. So ist es nicht verwunderlich, dass auf politischer, aber auch bildungspraktischer Ebene um Antworten gerungen wird – Erklärungsmuster, die lange Zeit erhalten mussten, wie etwa sozioökonomische Probleme in bestimmten Regionen, reichen folglich nicht (mehr) aus, um adäquat darauf reagieren zu können. Daher sind die Aufgaben, die im Folgenden skizziert werden, als bildungspraktische Überlegungen gemeint, die weitergedacht werden können.

Aufgaben der politischen Bildung

Es liegt auf der Hand, dass die politische Bildung in vielen Angelegenheiten erst einmal wenig ausrichten kann – sie kann weder Einfluss auf die Migrationsbewegungen nehmen noch die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse

ändern. Und es ist fraglos Aufgabe der Politik, die bereits angesprochenen sozialen und ökonomischen Probleme zu lösen, die für das Aufkeimen des Rechtspopulismus mitverantwortlich sind, und nicht der politischen Bildung, die nur als intermediäre Instanz zwischen Lebenswelt, Gesellschaft und Politik fungieren kann. Hinzu kommt, dass politische Bildung in aller Regel langfristig wirkt. Es besteht folglich kein Zweifel daran, dass kurzfristig angelegte Projekte zum Demokratie-Lernen oder zur Extremismusprävention keine dauerhafte Antwort sein können, sondern einmal mehr für die vielbeschworene Feuerwehrfunktion der politischen Bildung stehen. Im Folgenden werden drei Aufgaben der politischen Bildung skizziert, die unter den gegebenen Umständen jedoch äußerst schwierig zu erfüllen sind (vgl. Negt 2010).

Erstens ist es von essentieller Bedeutung, (*wieder*) mit den *Anhängern rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien ins Gespräch zu kommen*. Aus bildungspraktischer Sicht geht es hier einerseits um die Zeit und die Geduld, um sich auf den Austausch einlassen zu können, andererseits um die ehrliche Bemühung, den anderen Standpunkt zu verstehen. In diesem Kontext darf natürlich nicht außer Acht gelassen werden, dass es durchaus umstritten ist, ob Personen mit radikalen oder extremistischen Positionen überhaupt eine Plattform geboten werden soll. Demgegenüber steht jedoch, dass eine Nichtbeachtung die Gefahr mit sich bringt, dass die Gräben in der Gesellschaft noch weiter aufreißen und sich die Fronten verhärten. Nicht leugnen lässt sich nämlich, dass manche Themen, die auf der Agenda rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien stehen, zwar unbequem sind, aber trotzdem behandelt werden müssen — ein Beispiel ist hier die zunehmende Ungleichheit auf globaler, aber auch auf nationaler Ebene, die von den Migrationsbewegungen, aber auch von den Ängsten vor einem sozialen Abstieg in der Aufnahmegesellschaft (vgl. Nachtwey 2016) nicht zu trennen ist. Hier bestünde eine Möglichkeit folglich darin, zwar entschieden gegen die fremden- und demokratiefeindlichen Äußerungen Stellung zu beziehen, das Gespräch aber nur dann abzubrechen, wenn eine Verständigung auch nach mehreren erfolglosen Versuchen nicht mehr zu erreichen ist. Dazu muss sich die politische Bildung auf ihre Gesprächskultur besinnen, insbesondere in Anlehnung an den Beutelsbacher Konsens, laut dessen Kontroversitätsgebot auch heftig umstrittene Standpunkte eine Berechtigung haben — daran, dass ebensolche Themen in Wissenschaft und Politik umstritten sind, dürfte wenig Zweifel bestehen. Schließlich ist die politische Bildung in diesem Rahmen auch als Institution gefragt. Dabei geht es darum, dass die Bildungspraktiker möglichst geschlossen agieren, damit der Umgang mit Rechtspopulismus nicht zum Kampf Einzelner gegen Windmühlen wird. Hier helfen Positionspapiere von Verbänden und Vereinen, aber auch zivilgesellschaftlichen Initiativen und Projekte sowie Netzwerke, um über die Zusammenarbeit und den Austausch von Erfahrungen Synergieeffekte zu schaffen und den Bildungspraktikern im Alltag den Rücken zu stärken.

Zweitens geht es um die *Reflexion der eigenen Haltung und des eigenen Handelns*. Aktuelle Studien zum Rechtspopulismus und Rechtsextremismus machen darauf aufmerksam,

dass es sich dabei nicht um ein Randphänomen handelt, sondern um eine Angelegenheit, welche die Bevölkerung in Deutschland oder zumindest einen Teil davon betrifft — ob es dabei um „die Mitte“ der Gesellschaft geht oder nicht und was damit gemeint ist, ist unklar (vgl. Decker u. a. 2012; Neu / Pokorny 2015). In jedem Fall ist davon auszugehen, dass das Phänomen des Rechtspopulismus auch die Bildungspraktiker betrifft (z. B. fremdenfeindliche Einstellungen bei Familienangehörigen, Freunden oder Bekannten, aber auch bei Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen). In diesem Kontext geht es also nicht nur darum, interkulturelle Kompetenz und Diversitätsbewusstsein im Umgang mit Asylsuchenden und Geflüchteten, sondern auch im Umgang mit dem eigenen Denken, Fühlen und Handeln und im Austausch mit den Personen im näheren Umfeld zu entwickeln, um nicht selbst in den Strudel aus Vorurteilen, moralischer Panik und Postfaktizität hineinzugeraten. Die große Herausforderung besteht dabei nicht nur darin, mit Dramatisierung, Emotionalisierung oder Personalisierung umzugehen, sondern auch mit der Vermischung unterschiedlicher Analyseebenen, wie etwa die individuelle, gesellschaftliche, politische oder menschenrechtliche, die in diesem Kontext zur Geltung kommen. Daraus ergibt sich nämlich das Problem, dass die Protagonisten und Protagonistinnen sehr schnell aneinander vorbei oder gar nicht mehr miteinander reden, weil schon die Einigung auf einen gemeinsamen Gesprächsgegenstand scheitert. Dass eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, wird nicht zuletzt an der gängigen Strategie in den Medien und in der Politik sichtbar, sich gegenseitig der Lüge zu bezichtigen oder Meinungsmache vorzuwerfen (z. B. die sog. Lügenpresse).

Drittens gerät die *politische Bildung für Geflüchtete* mehr und mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit, denn es handelt sich nicht nur um eine Angelegenheit, welche die Aufnahmegesellschaft betrifft, sondern auch die Migranten, die ja zweifelsohne Menschen sind und daher erst einmal die gleichen Grund- und Menschenrechte besitzen. Eine deutliche Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit wird in diesem Kontext im Bereich der unbegleiteten Minderjährigen sichtbar, deren Zahl in den letzten Jahren immer weiter angestiegen ist. Als Minderjährige sind die Kinder und Jugendlichen in Deutschland schulpflichtig und haben laut Artikel 28 der UN-Kinderrechtskonvention das „Recht auf Bildung“. Es gibt jedoch zahlreiche Belege dafür, wie nicht nur das Recht auf Bildung, sondern auch der Zugang zu öffentlichen Schulen, der eine wichtige Integrationsfunktion erfüllt, nicht oder nur mit Verzögerung umgesetzt wird (vgl. UNICEF 2016). Diese Situation verschärft sich noch zusätzlich durch das Fehlen einheitlicher Regelungen für das gesamte Bundesgebiet. Im Vergleich wird nämlich deutlich, dass diese Angelegenheit von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich gehandhabt wird, so dass die Schulpflicht weder flächendeckend noch gleichmäßig erfüllt wird (vgl. UNICEF 2015). Unbegleitete Minderjährige erhalten folglich keine oder nur eine unzureichende Grundbildung — von politischer Bildung ganz zu schweigen. Daraus resultieren mindestens zwei Konsequenzen, die besorgniserregend sind: Zum einen wissen viele Asylsuchende und Geflüchtete

nicht einmal, was ihre Rechte sind bzw. wie diese genau ausgestaltet sind (z. B. Ablauf des Asylverfahrens, Beistand in Rechtsangelegenheiten), und sind daher auf sozialpädagogische Unterstützung angewiesen, zum anderen prallen kulturelle Gegensätze aufeinander, weil Vorstellungen von Demokratie und Rechtsstaat, aber auch von den kulturellen Gepflogenheiten in der Aufnahmegesellschaft nicht oder nur in rudimentärer Weise vorhanden sind. Aus den genannten Gründen wäre eine Ausweitung der politischen Bildung nicht nur in der Schule, sondern auch in den Unterkünften notwendig, um die Kinder und Jugendlichen aufzuklären. Dabei kann es aber nicht nur um eine bloße Institutionenkunde gehen, wenn der Anspruch, die Lernenden dazu zu befähigen, ihre eigenen Interessen erkennen und vertreten zu können (Beutelsbacher Konsens), erfüllt werden soll: Es geht also um „Kenntnisse über die Grundlagen unseres demokratischen Zusammenlebens und über die Möglichkeiten zur Mitgestaltung unserer Demokratie“ (GPJE 2015, S. 1). Hier besteht eine Herausforderung fraglos darin, zu untersuchen, welche Lern- und Unterrichtsformen zum Gelingen beitragen können. Dafür müsste beispielsweise zum einen das Potential des formalen Lernens, d. h. im Schul-, Ergänzungs- und Vorbereitungsunterricht, zum anderen des informellen Lernens, z. B. mittels digitaler Medien oder im Gespräch mit Geflüchteten oder Betreuenden, ausgelotet werden.

Literatur

- Decker, Frank (2015): AfD, Pegida und die Verschiebung der parteipolitischen Mitte. In: APuZ, 65. Jg., 40/2015, S. 27-32
- Decker, Frank / Lewandowsky, Marcel (2009): Populismus. Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens. Dossier Rechtsextremismus, bpb, veröffentlicht am 3.6.2009 unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41192/was-ist-rechtspopulismus (Zugriff: 19.3.2017)
- Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn: FES, unter: www.fes-gegenrechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf (Zugriff: 19.3.2017)
- GPJE (2015): Stellungnahme der GPJE zum Thema „Politische Bildung für Flüchtlinge“. 14.11.2015. www.gpje.de/Stellungnahme_pB_Integartion_2015.pdf
- Küpper, Renate / Zick, Andreas (2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dossier Rechtsextremismus, bpb, veröffentlicht am 20.10.2015, unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit (Zugriff: 19.3.2017)
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft — Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne, Berlin: Suhrkamp
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen: Steidl
- Neu, Viola / Pokorny, Sabine (2015): Ist „die Mitte“ (rechts) extremistisch? In: APuZ, 65. Jg., 40/2015, S. 2-8
- Spier, Tim (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, Wiesbaden: VS
- Spier, Tim (2014): Was versteht man unter „Populismus“. Dossier Rechtsextremismus, bpb, veröffentlicht am 25.9.2014, unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/192118/was-versteht-man-unter-populismus (Zugriff: 19.3.2017)
- UNICEF (2015). Factfinding zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften. Zusammenfassender Bericht, 11/15-1/16, unter: www.unicef.de/blob/106516/d0912061605d9a839102bc-34cfae0ba2/unicef-bumf-factfinding-fluechtlings-kinder-2016-data.pdf (Zugriff: 19.3.2017)
- UNICEF (2016): Lagebericht zur Situation der Flüchtlingskinder in Deutschland. Juni 2016, unter: www.unicef.de/blob/115186/de54a5d3a8b6ea03337b489816eaa08/zur-situation-der-fluechtlingskinder-in-deutschland-data.pdf (Zugriff: 19.3.2017)
- Weiß, Volker (2015): Sind sie das Volk? Pegida — die Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes, online veröffentlicht am 6.1.2015, unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/199153/sind-sie-das-volk-pegida-die-patriotischen-europaeer-gegen-die-islamisierung-des-abendlandes (Zugriff: 19.3.2017)
- Zick, Andreas / Küpper, Beate / Krause, Daniela (Hg.) (2016): Gespaltene Mitte — Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: J.H.W. Dietz:

Dr. Michael Görtler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Erwachsenenbildung und Weiterbildung und Lehrbeauftragter für Didaktik der Sozialkunde an der Universität Bamberg. Email: michael.goertler@uni-bamberg.de

Politisches Lernen Impressum

ISSN 0937 – 2946

Herausgeber: Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – NW e.V.
www.dvpb-nw.de

© 2017 Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – NW e.V.
Nachdruck, elektronische Speicherung und Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Herausgebers und Verlags. — Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht unbedingt Meinungsäußerungen des Herausgebers.

Geschäftsstelle DVPB-NW: Postfach 100 352, 47003 Duisburg,
geschaeftsfuehrung@dvpb-nw.de

Redaktion

Dr. Kuno Rinke (verantw.), Steinacker 1, 53229 Bonn,
T+F 0228 / 48 18 74, KunoRinke@web.de
Andreas Wüste, Andreas.Wueste@uni-bonn.de

Anzeigen: Z. Zt. gültig ist Anzeigenpreisliste 2004.

Verlag: Wieland Ulrichs (Satz, Layout, v.i.S.d.P.), Tannenweg 14,
37085 Göttingen, 0551 / 79 66 06, wu@wieland-ulrichs.de

Druck: Basis-Druck GmbH, Duisburg

Abonnement: Für Mitglieder der DVPB-NW ist das Abo im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ansonsten 16 € / Jahr. Sonderkonditionen für Bibliotheken auf Anfrage. Kündigungsfrist 30. November.